

## Staatsmodell jenseits des Plutokratismus

*Aus dem Buch „Sieg der Arbeit“ von Anton Zischka, 1941, S. 260 ff*

Johann Gottlieb Fichte — der als Sohn eines armen Leinwebers in Rammenau in der Oberlausitz geboren worden war, Gänse hütete und das Leben von unten auf kannte — fühlte voraus, was im Nationalsozialismus Wirklichkeit wurde: In seinem im Jahre 1800 entworfenen utopischen Staatswesen gilt der Grundsatz, daß erst alle satt werden und fest wohnen sollen, ehe einer seine Wohnung verziert, erst alle warm und bequem gekleidet sein sollen, ehe einer sich prächtig kleidet. „Es ist eben unrecht“, sagt Fichte, „daß einer das Entbehrliche bezahlen kann, indes der Mitbürger das Notwendige nicht vorhanden findet...“ Bei Fichte bildet die genaue Berechnung der landwirtschaftlichen Produktionskraft des Landes die Grundlage des Systems. Die Preise in Fichtes Staat bestimmen sich nach der in den Gütern investierten Arbeitsmenge. Als Maßeinheit gilt die für die Erzeugung einer bestimmten Menge Roggen nötige Arbeitszeit. Den Austausch der Güter vermittelt ein Landesgeld, das aus wertlosem Material besteht. Und da der planmäßige Aufbau nur gewahrt werden kann, wenn nicht Konkurrenzgüter eingeführt oder die durch die nationale Arbeit geschaffenen Güter willkürlich ausgeführt werden, sind die Grenzen „geschlossen“, wird der Außenhandel staatlich kontrolliert, gibt es ein eigenes Auslandsgeld. Da Fichtes Staat im Notfall ganz auf sich gestellt sein muß, braucht er „natürliche Grenzen“, er muß autark sein. Und diese Selbstgenügsamkeit muß erobert, wenn es nicht anders geht, durch Krieg geschaffen werden. ...

Alles schien Fichte überlegt zu haben: Die Unmöglichkeit, auskömmliche Löhne an deutsche Arbeiter zu zahlen, solange hemmungsloser Freihandel herrschte, man mit Kulis oder Negersklaven konkurrieren mußte. Die Unmöglichkeit, den Lohn zu beeinflussen, wenn man nicht gleichzeitig auch die Preise kontrollieren konnte. Die Unmöglichkeit, mehr auszuzahlen, als man einnahm, dem Arbeiter mehr Verbrauchskraft zu geben, als seiner Produktionskraft entsprach...

Aber Fichte war erstens nur ein Deutscher und zweitens kein Freihändler, er war zudem noch ein „Gottloser“ und ein „staats-umstürzlerischer Revolutionär“. Er sprach so, daß jeder es verstand: Für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaft war er also ein Jahrhundert lang nicht vorhanden.

Diese Fachwissenschaft selbst hatte schon sehr früh das Lohnproblem aufgegriffen, die englischen „Klassiker“ hatten es schon im 18. Jahrhundert zerredet. Ganze Bibliotheken wurden über Löhne, Lohnpolitik und Lohnkampf, Lohntheorien und Lohn technik geschrieben.

Teilt man diese Theorien in Hauptgruppen ein, so gibt es die, die die Lohnhöhe nach sogenannten „ökonomischen Gesetzen“, vor allem nach dem „Gesetz von Angebot und Nachfrage“, regeln wollen, im Lohn den „Preis für die Ware Arbeit“ sehen. Dann gibt es eine Gruppe, die in der Lohnhöhe den Ausdruck eines Machtverhältnisses sieht: sie herrschte im Zeitalter der Hochblüte des Kapitalismus vor, machte den Lohn abhängig vom Erfolg eines Streiks, einer Aussperrung oder eines Boykotts. Die Unternehmer stützten sich in diesem Kampf auf die „klassischen“ Kostentheorien, die, von Locke und Cantillon begründet, von dem englischen Juden Ricardo zu Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelt wurden und das Existenzminimum, das geringstmögliche Auskommen, als lohnbestimmend ansahen. Kein Unternehmer würde bei gesundem Verstande behaupten, daß das billigste Rohmaterial die besten Waren liefert. Aber viele Jahrzehnte lang versuchten die meisten unter ihnen, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten. „Verbilligung der Arbeitskraft“ war ihre große Sehnsucht, obwohl der Großteil der Bevölkerung von Löhnen lebt, ihr Lohn- und Lebensstandard maßgebend für den Wohlstand des Landes, für den Absatzmarkt ist, obwohl sie sich dadurch selber die Kunden raubten ...

Die meisten Arbeiter wiederum gingen von der „Mehrwertlehre“, der Ausbeutungstheorie des Marxismus aus, sahen im Unternehmer nur den Feind, den man ausplündern mußte, wenn er einen nicht selber ausplündern sollte. Sie sahen ihre Rettung im Klassenkampf, weil Marx ihnen erklärt hatte, daß zwischen den Interessen von Arbeit und Kapital ein unvermeidlicher und unabänderlicher Gegensatz bestehe. Im Leben ist nichts unabänderlich. Schon während der Lebenszeit Marx' zwischen 1818 und 1883 gab es Umwälzungen, die von Grund auf die wirtschaftliche Struktur wandelten; seine Theorien waren tot, lange bevor er selber starb. Aber sie wurden von Leuten weiterverbreitet, die in ihnen Machtmittel erkannten, genau wie die Lehren Smiths und Ricardos zur Tarnung von Privatinteressen dienten, wie jahrtausendlang Priesterkasten vom Aberglauben, dem Nichtdenken der Masse, lebten.

Der erste „Fachmann“, der Fichte begriff, der die Bedeutung der Produktivität der Arbeit für die Lohnhöhe sah, war der mecklenburgische Volkswirtschaftler und Landwirt Johann Heinrich von Thünen, ein Schüler Thaers, der das Gut Tellow zu einer Musterwirtschaft machte. In seinem 1850 erschienenen Werk „Der naturgemäße Arbeitslohn und dessen Verhältnis zum Zinsfuß und zur Landrente“ stellte er all den blutleeren „klassischen“ Theorien die Forderung entgegen, den Lohn abhängig von der Produktivität zu machen. Er blieb auch nicht wie der ein großes Vermögen besitzende Ricardo oder der Sohn des reichen Seidenhändlers Lassalle bei Worten, sondern beteiligte die Arbeiter am Gewinn seines Gutes.

Thünens Grundidee beherrscht heute die nationalsozialistische Lohnpolitik, sie entspricht uraltem Volksempfinden: „Suum cuique“, „Jedem das Seine“, lautete der Wahlspruch des ersten Preußenkönigs, noch heute trägt der Schwarze Adlerorden diese lateinische Inschrift. Wie in der Blütezeit des alten Roms brachte er den Wunsch des Herrschers zum Ausdruck, daß keiner daran gehindert werden solle, das „Seine“ und seine persönlichen Gaben zu nützen; es war nicht nur ein Versprechen an die Stände, an Bauern und Bürger, Adel und Geistlichkeit, sondern vor allem auch Ausdruck der Überzeugung, daß Leistung entscheidend sein müsse, daß Fleiß belohnt werden müsse.

Diese altpreußische Tradition hat das Dritte Reich zu neuem Leben erweckt. Die Hohlheit der Schlagworte, die „Allen das gleiche!“ versprochen, war erwiesen; der auf allgemeine Armut hinauslaufende Marxismus war überwunden. Klar war der Weg vorgezeichnet: Da der Lohn die materielle Lebensgrundlage eines jeden Beschäftigten ist, volkswirtschaftlich den wichtigsten Kostenfaktor darstellt, muß die Lohngestaltung nach den Erfordernissen der Gemeinschaft ausgerichtet werden. Sie hat ihre Grundlage in der Lohnstabilität und im Leistungsprinzip. Die nationalsozialistische Lohnpolitik verwirft die Steigerung des Stundenlohns für eine gleichbleibende Arbeitsleistung, weil sich derartige Lohnsteigerungen unter Gefährdung der Währungsstabilität auf die Preise auswirken und daher auf die Dauer nur den Nominal-, nicht aber den Reallohn erhöhen. Wo aber eine höhere Arbeitsleistung vorliegt, muß auch der Lohn steigen.

Die staatliche Lenkung der Löhne erfolgt durch die Reichstreuhand der Arbeit. Es gibt keine starren Regeln, kann keine geben, denn der Bauer auf schlechtem Boden zum Beispiel kann auch bei größter Anstrengung nicht den gleichen Ertrag erzielen, den der Bauer auf fruchtbarster Erde erreicht. Er kann also auch seinen Helfern nicht die gleichen Löhne zahlen wie der von der Natur Bevorzugte. Aus natürlichen, durchaus nicht Leistungsgründen sind sie schlechter gestellt als andere. Das gleiche gilt für die Arbeiter der Kohlenmine, die arme Flöze hat, die, auch noch so rationell betrieben, nicht leisten wird, was die Mine mit meterdicken Flözen liefert. Auch in der Industrie gibt es dutzenderlei Umstände, auf die Betriebsführung und Arbeiter keinen Einfluß haben, die aber entscheidend sind für den Ertrag.

Die Ertragshöhen können allein also nicht die Lohnhöhen bestimmen. Der Satz: je höher bei gleichen Unkosten der Ertrag, desto höher der Lohn, kann, volkspolitisch gesehen, keine Allgemeingeltung haben. Da trotz gleicher persönlicher Arbeitsleistung die Löhne

verschieden sind, kann also auch das Prinzip des persönlichen Einsatzes für die Bemessung der Lohnhöhe allein nicht entscheidend sein. Und da trotz gleicher volkswirtschaftlicher Bedeutung der Arbeitsgebiete die Löhne verschieden sind, können also auch gesamtwirtschaftliche Erwägungen nicht über die Lohnhöhe entscheiden. Woraus folgt, daß der Lebensstandard in den verschiedenen Arbeitsgebieten des Volkes nicht wirtschaftlich, sondern nur politisch gerecht entschieden werden kann. Einen wirtschaftlich gerechten Lohn gibt es nicht; nur einen vom Standpunkt der Volksgemeinschaft gerechten.

Praktisch hat das dazu geführt, daß es heute in Deutschland Tausende von Tarifordnungen gibt, die nach Wirtschaftszweigen, Berufsgruppen und Landesteilen gegliedert sind. Seitdem im Jahre 1934 das Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit erlassen wurde, hat sich die überbetriebliche Lohnordnung außerordentlich verfeinert, und man hat auch nicht aufgehört, neue Wege gerechter Lohnbemessung zu suchen. Denn das Lohnproblem bleibt schwierig, weil es eben ein sehr menschliches Problem ist, weil kein Lohnempfänger dem anderen gleicht, weil immer nur Durchschnittswerte möglich sind. Es galt, wie Dr. Ley 1935 sagte, dem „Unwesen der 36 000 Tarife Deutschlands ein Ende zu machen“, aber gleichzeitig war eigentlich eine noch größere Individualisierung nötig, erforderten Leistungslöhne ja eigentlich eine betriebliche Regelung, im Grunde genommen also viele hunderttausende Tarife.

Aber der Gegenwert für die Arbeit erschöpft sich ja heute ebenso wie die Arbeit selber nicht im Materiellen, sondern er besteht in der ganzen Lebensexistenz. Ohne den Weg über das Lohnkonto zu nehmen, sind ja Straßenbau wie Siedlung, Altersfürsorge wie Gesundheitspflege und Schulwesen ebenfalls Teile des „Lohnes“, wie ihn Dr. Ley versteht: „Lohn nicht als Bezahlung für eine Ware, genannt Arbeit — wie der Marxismus ihn definierte —, sondern als Anerkennung für eine Leistung, als ‚Entlohnung‘.“ Wenn heute ein oder zwei Wochen Urlaub die Regel sind, während vor wenigen Jahren noch erst dreijährige Betriebszugehörigkeit Anrecht auf einen freien Tag gab, so bedeutet das ebenso eine Lohnerhöhung wie die kostenlose Berufsausbildung, wie jeder andere soziale Fortschritt. Vor allem aber: nicht was der einzelne verdient, sondern was alle verdienen, entscheidet. Nicht nur die Höhe des Lohnes, mehr noch die Regelmäßigkeit der Beschäftigung ist ausschlaggebend.

In Deutschland stiegen die tariflichen Stundenlöhne zwischen 1933 und 1938 im Durchschnitt um nur 0,3%. Die tatsächlichen Verdienste in Industrie und Handwerk aber stiegen in diesem Zeitraum um durchschnittlich 10,4%: Sie stellten Zulagen für gesteigerte Arbeitsleistung dar, drückten die zunehmende Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters aus, kamen also der Gesamtheit zugute, bedeuteten eine Erhöhung, nicht eine Verschiebung der Kaufkraft.

Mit der Leistung nahmen die Aufstiegsmöglichkeiten zu: Die Zahl der Arbeiter mit einem Wochenlohn von über 36 Mark verdoppelte sich zwischen 1932 und 1936. Das Wesentlichste aber ist die Vollbeschäftigung, nirgends kommt es nur auf das Einkommen des einzelnen an, sondern immer darauf, mit wievielen er es teilen muß. Auch 1932 verdiente ein Werkmeister in Deutschland 320 Mark im Monat. Aber wenn er — wie fast ausnahmslos — zwei oder drei erwachsene Kinder im Haus hatte, die erwerbslos waren, so verdiente er im Grunde genommen weniger als 100 Mark. Der amerikanische Arbeiter mag scheinbar ein Schlaraffenleben führen, aber es fragt sich immer, wie viele Wochen im Jahr er den hohen Lohn bekommt. Wichtiger, als daß die Verdienste des einzelnen Arbeiters seit 1933 um 10,4% stiegen, ist, daß das Gesamteinkommen der beschäftigten Arbeiter Deutschlands seit 1932 um 17% wuchs, das Gesamteinkommen aller beschäftigten Angestellten um 54% stieg. Denn die Familieneinkommen sind für die Lebenshaltung entscheidend.

Der Lohn ist eben genau wie die ganze Wirtschaft nichts Eigengesetzliches. Solange Fichtes Traum vom „Geschlossenen Handelsstaat“ nicht verwirklicht war, man neben dem Lohn nicht auch die Preise, neben den Preisen den Verbrauch, die Erzeugung, die Ein- und Ausfuhr, das

innere und äußere Geldwesen lenken konnte, solange war an Arbeitsfrieden, an soziale Gerechtigkeit nicht zu denken.

Das Massenelend konnte durch keinen noch so schönen Plan aus der Welt geschafft werden, solange mangelnde Kenntnisse, mangelnde Werkzeuge nicht erlaubten, genug für alle zu erzeugen. Seit wir eiserne Sklaven haben, ist „nichts weiter“ nötig, als die Produktion gerecht zu verteilen. Gerecht und klug zugleich, nach praktisch durchführbaren Grundsätzen, nach Gesetzen, die den Menschen, nicht den Engeln angepaßt sind. Denn „der Sozialismus hat nicht die Aufgabe, das Wesen der umgebenden Dinge umzuformen, er will nur die Menschen in ein anderes Verhältnis zu ihnen bringen“, erklärte Dr. Goebbels.

Durch das Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit wurde zu diesem Zweck die Verantwortung des Betriebsführers ebenso vergrößert wie die Treuepflicht der Gefolgschaft. Zu diesem Zweck wurden Marktordnung, Außenhandelskontrolle und planvoller Arbeitseinsatz organisiert. Immer aber blieb der Leitsatz die Regierungserklärung vom 23. März 1933, in der Adolf Hitler sagte, daß man die Belebung der Wirtschaft nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie, sondern durch stärkste Förderung der Privatinitiative unter Anerkennung des privaten Eigentums betreiben werde. Durch diese Erklärung schon war eine grundlegende Absage an den kollektivistischen Sozialismus erfolgt, der noch wenige Monate vorher das A und O der marxistischen Parteien gebildet hatte. Im Mai 1934 machte Adolf Hitler seine Absichten noch deutlicher, indem er erklärte, der menschliche Selbsterhaltungstrieb sei am besten geeignet, die Kräfte des einzelnen zur Entfaltung zu bringen, keine Wirtschaft könne nach den Prinzipien der Staatsverwaltung aufgebaut werden.

Das trennt uns vom Kommunismus. Unser ganzes Denken trennt uns aber auch vom Liberalismus. Adolf Hitler betonte auch, daß er keinen größeren Stolz in seinem Leben besitzen werde als den, am Ende seiner Tage sagen zu können, er habe dem Deutschen Reich den deutschen Arbeiter erkämpft!<sup>1</sup> Unsere Idee der Volksgemeinschaft macht es möglich, ohne Gleichmacherei auszukommen.

---

<sup>1</sup> Rede auf dem 1. Kongreß der DAF im Preußenhaus, Berlin, vom 10. Mai 1933